

Newsletter Nr. 30 Cookies – nicht nur Kekse!

Beilage 1:

Presstext lesen

Pressemitteilung von noyb vom 31.5.2021:

<https://noyb.eu/de/noyb-setzt-dem-cookie-banner-wahnsinn-ein-ende>

noyb setzt dem Cookie-Banner-Wahnsinn ein Ende

noyb.eu übermittelt heute mehr als 500 Beschwerden an Unternehmen, die auf ihrer Webseite rechtswidrige Cookie-Banner verwenden – und startet damit die größte Beschwerdewelle seit dem Inkrafttreten der DSGVO vor drei Jahren.

Nach der DSGVO müssen Nutzer:innen eine simple Ja/Nein-Option haben. Da die meisten Banner diesen Anforderungen nicht entsprechen, hat *noyb* eine Software entwickelt, die verschiedene Arten von rechtswidrigen Cookie-Bannern erkennt und automatisch Beschwerden generiert. Bevor die formalen Beschwerden eingebracht werden, haben die Unternehmen ein Monat Zeit ihr Cookie-Banner an die rechtlichen Anforderungen anzupassen. Mit diesem System kann *noyb* die meistbesuchten Websites in Europa überprüfen und gegebenenfalls bis zu 10.000 Beschwerden einbringen. Ist dieses System erfolgreich, sollten im Laufe dieses Jahres immer mehr Webseiten in Europa einfache und rechtskonforme „Ja oder Nein“-Optionen anbieten und den Nutzer:innen der derzeit zur Ablehnung nötige Spießrutenlauf erspart werden.

Zustimmung aus Frust. Die DSGVO soll Nutzer:innen die volle Kontrolle über ihre Daten geben, aber das Surfen im Internet ist für Menschen in ganz Europa mittlerweile vor allem frustrierend: Lästige Cookie-Banner tauchen an jeder Ecke auf und machen es oft äußerst kompliziert, etwas anderes als den „Akzeptieren“-Button anzuklicken. Unternehmen nutzen so genannte „Dark Patterns“, um mehr als 90% der Nutzer:innen zur Zustimmung zu verlocken, obwohl laut Statistiken der Industrie nur 3% wirklich zustimmen wollen.

Max Schrems, Vorsitzender von *noyb*: *„Eine ganze Industrie von Beratern und Designern entwickelt verrückte Klick-Labyrinth, um vollkommen unrealistische Zustimmungsraten zu generieren. Menschen mit Tricks zum Zustimmung zu verführen ist ein klarer Verstoß gegen die Prinzipien der DSGVO. Nach dem Gesetz müssen Unternehmen Systeme fair gestalten und den Nutzern eine echte Wahlmöglichkeit bieten. Unternehmen geben offen zu, dass nur 3% aller Nutzer tatsächlich Cookies*

akzeptieren wollen, aber mehr als 90% dazu verleitet werden können, auf den „Akzeptieren“-Button zu klicken.“

DSGVO als Sündenbock. Viele Nutzer:innen halten diese ärgerliche Praxis fälschlicherweise für eine von der DSGVO auferlegte Notwendigkeit. Tatsächlich verwenden jedoch viele Unternehmen Designs, die gegen das Gesetz verstoßen. Die DSGVO verlangt nämlich ein einfaches „Ja“ oder „Nein“ – und will damit irreführende Banner eigentlich verhindern. Die Entscheidung, wie die DSGVO genau umgesetzt und kommuniziert wird, liegt aber bei den Unternehmen.

Max Schrems: „Einige Unternehmen versuchen offensichtlich alles, um Datenschutz für die Nutzer möglichst schwer zu machen. Nach dem Gesetz haben sie aber die Pflicht, eine einfache Wahlmöglichkeit zu bieten. Fast alle Situationen in denen Nutzer mit Datenschutz konfrontiert werden, werden aber von Unternehmen gestaltet. Diese machen Datenschutz-Einstellungen oft bewusst zu einem Albtraum, geben aber gleichzeitig der DSGVO die Schuld dafür. Dieses Prinzip wird auf Tausenden von Seiten wiederholt und so den Nutzern glaubhaft vermittelt, dass diese verrückten Banner gesetzlich vorgeschrieben sind.“

System soll bis zu 10.000 Beschwerden produzieren. Um gegen dieses weitverbreitete Problem vorzugehen, hat *noyb* ein System entwickelt, das automatisch verschiedene Arten von Verstößen aufdeckt. Das juristische Team von *noyb* prüft jede Website, während das System automatisch eine DSGVO-Beschwerde generiert. Unternehmen erhalten einen formlosen Beschwerdeentwurf per E-Mail und bekommen sogar eine Schritt-für-Schritt-Anleitung (PDF), wie sie ihre Softwareeinstellungen ändern können. Wenn ein Unternehmen seine Einstellungen nicht innerhalb eines Monats ändert, wird *noyb* die Beschwerde bei der zuständigen Behörde einbringen, die ein Bußgeld von bis zu 20 Millionen Euro verhängen kann.

Anders als bei "Abmahnungen" die gerade in Deutschland problematische Ausmaße angenommen haben, fallen für die betroffenen Unternehmen dabei keinerlei Kosten an, da das Projekt durch Spenden der rund 4.000 Fördermitglieder von *noyb* finanziert wird.